

Die Tagesordnungspunkte 8.1 und 8.2 wurden zusammen beraten.

Abg. Tendler erläuterte den SPD-Antrag. Er führte aus, das Schreiben der drei geschäftsführenden Minister Hendricks, Schmidt und Altmeier vom Februar 2018 an den EU-Kommissar für Umwelt, mit dem ein Modellprojekt für den kostenlosen ÖPNV in fünf deutschen Städten, u.a. in Bonn, angekündigt wurde, habe auch in unserer Region eine unglaubliche Diskussion entfacht. Seine Fraktion habe daher überlegt, dass dieses Thema nicht nur in der Stadt Bonn, sondern gemeinsam mit dem Rhein-Sieg-Kreis und auch im VRS diskutiert werden müsse. Seit der Antragstellung am 15.02.2018 sei nun einiges passiert und eine neue Diskussion angestoßen worden. Der VRS habe sich mit dem Thema intensiv beschäftigt. In der Verbandsversammlung im März wurde die Geschäftsführung der VRS GmbH beauftragt, drei zentrale Punkte zu überprüfen:

1. Welche konkreten Maßnahmen sind mittelfristig (bis ca. 2023) erforderlich, um Fahrgaststeigerungen von 30 % bewerkstelligen zu können?
2. Mit welchen konkreten Maßnahmen können kurzfristig ggf. temporär bereits Kapazitätssteigerungen erreicht werden?
3. Welche finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus den Punkten 1. und 2.?

Er halte diesen fraktionsübergreifend im VRS gestellten Antrag (s. Anlage 7 der heutigen Einladung, handschriftlich S. 46) für wichtig und notwendig und beantrage daher, den Beschlussvorschlag des Antrags auch heute zur Abstimmung zu stellen.

Abg. Kemper erläuterte anschließend den Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten (TOP 8.2). Der Antrag sei gestellt worden als die Absage des Bonner Oberbürgermeisters an das Bundesministerium zur kostenfreien Gestaltung des ÖPNV noch nicht bekannt gewesen sei. Dennoch sei klar, wenn man in Bonn die Abgase reduzieren und die Luftqualität verbessern wolle, dann müsse man auch die Pendler, die zum größten Teil aus dem Rhein-Sieg-Kreis kommen, mit einbeziehen. Deshalb halte er, unabhängig von einer Abstimmung über den fraktionsübergreifenden VRS-Antrag, den Antrag seiner Fraktion aufrecht.

AM Kunze bemerkte, auch seine Fraktion sei überrascht gewesen, wie schnell der Oberbürgermeister das Angebot vom Bund abgelehnt habe. Er hätte sich gewünscht, dass das Angebot stärker, auch in die Fraktionen hinein, kommuniziert worden wäre. Gerade was die Verbesserung im ÖPNV angehe, hätte er sich – wie im VRS geschehen – ein gemeinsames Vorgehen gewünscht. Für ihn bedeute die schnelle Absage eine nicht wahrgenommene Chance zur Verbesserung des ÖPNV.

SkB Becker betonte, es gebe keinen kostenlosen ÖPNV. Die Frage sei vielmehr, wer bezahle dafür, dass es kostenlose Tickets gebe. Insofern seien die vom VRS beauftragten drei Untersuchungspunkte völlig richtig. Denn man müsse natürlich wissen, wie es sich stufenweise darstellen könnte, wenn am Ende für den ÖPNV-Nutzer Reduzierungen oder vielleicht sogar kostenlose Angebote herauskommen sollen. Er halte zwar das Angebot der Bundesregierung für sehr übereilt und vor dem Hintergrund der Urteile zur Zulässigkeit von Fahrverboten für Diesel-Fahrzeuge getroffen, dennoch sollte es nicht frühzeitig abgelehnt werden. In der gesamten Diskussion stecke die Chance, dass endlich insgesamt begriffen werde, dass die Verkehrsprobleme nur über einen erheblichen Ausbau der Kapazitäten im ÖPNV zu lösen seien. Dieser Ausbau könne aber nicht allein von der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis finanziert werden. Es bedürfe einer anderen Verkehrspolitik des Bundes. In Wahrheit gehe es also nicht um einen kostenlosen ÖPNV, sondern vor allem um Bewusstseinsklärung, dass für die zeitgemäße Lösung der Verkehrsprobleme ein erheblicher Kapazitätsausbau mit finanzieller Unterstützung des Bundes erforderlich sei, und dies müsse gemeinsam eingefordert werden.

Stv. Reinsberg äußerte, kostenlosen ÖPNV wünschen sich alle, die Frage sei nur, ob dies leistbar wäre. Die Bonner Verwaltung habe von insgesamt 60 Maßnahmen 10 Punkte als prioritär an den Bund übermittelt. Im VRS hätten die Bonner Vertreter ihrer Fraktion den Antrag mit unterschrieben. Insofern könne sie dem Antrag von Herrn Abg. Tandler zustimmen, den fraktionsübergreifenden Antrag im VRS zu unterstützen und auch heute noch einmal darüber abstimmen zu lassen.

Abg. Krauß stellte fest, Ausgangspunkt der Diskussionen seien die Schadstoffbelastungen in den Innenstädten. Er könne verstehen, dass einige der Auffassung seien, das Modellprojekt sei zu schnell abgelehnt worden. Nichtsdestotrotz möchte er nicht von einer verpassten Chance sprechen. Denn das Angebot des Bundes habe eine Diskussion ausgelöst, in der unsere Region noch einmal deutlich darauf hinweisen konnte, welcher enormer Kapazitätsausbau- und Zuschussbedarf bestehe. Es sei wichtig gewesen, den gemeinsamen Antrag zur Untersuchung des Kapazitätsbedarfs im VRS zu platzieren und es sei sicherlich auch sinnvoll, dies durch einen heutigen Beschluss der Planungs- und Verkehrsausschüsse Bonn/Rhein-Sieg-Kreis noch einmal zu bestätigen.

Kostenfreien ÖPNV werde es so nicht geben, aber ÖPNV müsse attraktiver gestaltet werden und höre nicht an den Kommunalgrenzen auf. Es sei ein regionales Thema. Auch wenn sich das Thema „kostenloser ÖPNV“ weitestgehend erledigt habe, müsse man sich weiterhin gemeinsam dem Kernpunkt „Umweltschutz“ widmen und sich durch alternative Angebotsformen, wie z.B. elektro- oder wasserstoffbetriebene Busse, auf emissionsfreien ÖPNV konzentrieren. Das erfordere zum Teil hohe Investitionen. Der Bund sei hier mehr als je zuvor in der Pflicht.

Abg. Dr. Kuhlmann war der Auffassung, dass die Diskussion um Abgase und Schadstoffbelastung viel zu hysterisch geführt werde. Davon sollte man sich nicht anstecken lassen. Er wies darauf hin, dass die Grenzwertüberschreitungen in den Innenstädten seit Jahren rückläufig seien. Die Dieselflotte werde ebenfalls durch bessere Abgasreinigung nach und nach umweltfreundlicher. Auf der anderen Seite nehme der ÖPNV und Radverkehr zu. Vor diesem Hintergrund warnte er vor Aktionismus und warb für eine nachhaltige Verkehrspolitik. Unter Aktionismus zähle er auch die Forderung nach einem „kostenlosen ÖPNV“. Stattdessen sollten die Steuergelder besser in den Bus-, Schienen- und Radverkehrsausbau investiert werden. Das würde auch die Staus verringern und die Luftqualität in den Innenstädten weiter verbessern. Das ÖPNV- und Radverkehrsangebot müsse attraktiver werden, damit mehr Autofahrer umsteigen. Dazu gehören neben der Weiterentwicklung des Stadtbahnnetzes auch der Ausbau der Schnellbuslinien, die Elektrifizierung der Voreifelbahn und der Ahrtalbahn sowie der Ausbau der Radinfrastruktur (Radschnellwege, Bike & Ride-Anlagen, Allradsysteme). Ebenso müssten die Möglichkeiten der Digitalisierung noch viel stärker genutzt (Entwicklung einer Mobilitäts-App, Einführung eines E-Tickets) und intelligente Verkehrsleitsysteme eingeführt werden.

Abg. Moersch überreichte eine Machbarkeitsstudie „Bus und Bahn fahrscheinfrei in NRW“ und bat darum, diese der Niederschrift beizufügen. (s. **Anlage 3**)

SkB Kurth führte aus, schon in den 60er Jahren habe der damalige Verkehrsminister festgestellt, jeder fahre gerne mit öffentlichen Verkehrsmitteln, wenn es schnell funktioniere. Der Preis spiele dabei nicht die entscheidende Rolle. Dieser Ansatz gelte auch heute noch. Man werde die Autofahrer nicht durch „kostenlosen ÖPNV“ zum Umsteigen bewegen, wenn nicht gewährleistet werden könne, dass sie schnell und pünktlich ihr Ziel erreichen. Man brauche eine effektivere Struktur des ÖPNV.

AM Brücke bestätigte, es sei richtig, dass man im ÖPNV ein attraktives Angebot schaffen müsse. Dazu gehöre aber neben kurzen Fahrzeiten und Komfort auch der Fahrpreis. Der VRS sei neben dem Rhein-Main-Verkehrsverbund der teuerste Verkehrsverbund in Deutschland.

Viele Autofahrer empfinden die Pkw-Nutzung günstiger als die VRS-Tarife. Insofern sei nicht nur die Fahrzeit wichtig. Es müsse an jeder einzelnen Stellschraube gedreht werden.

Der Vorsitzende des Rhein-Sieg-Kreises, Abg. Steiner, wies darauf hin, dass der VRS zahlreiche attraktive Angebote bereithalte, die auch stark genutzt würden, wie z.B. Schüler- und Jobtickets.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, fasste er noch einmal die zwei zur Abstimmung stehenden Anträge zusammen: Zum einen den Antrag des Abg. Tandler, den im VRS fraktionsübergreifend gestellten Antrag heute noch einmal bestätigen zu lassen, zum anderen den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten zu TOP 8.2 zur Beteiligung des Rhein-Sieg-Kreises am Pilotprojekt für einen kostenlosen ÖPNV.

Stv. Beu, Vorsitzender des Ausschusses für Planung, Verkehr und Denkmalschutz der Bundesstadt Bonn, stellte einvernehmlich fest, dass der Antrag des Abg. Tandler übernommen werde und somit der Bonner Ausschuss ebenfalls über den fraktionsübergreifenden Antrag im VRS abstimme.